



JUSOS

HAMBURG ■

Bereit für mehr!
Junges Wahlprogramm
zur Bürgerschaftswahl 2015

Inhaltsverzeichnis

I	Bildung	1
II	Wohnen und Stadtentwicklung	6
III	Kulturpolitik	8
IV	Wirtschaft und Arbeit	9
V	Verkehr	14
VI	Energie und Umwelt	17
VII	Soziales und Gesundheit	19
VIII	Offene Gesellschaft	21
IX	Innen- und Rechtspolitik	25
X	Sportpolitik	28

Junges Wahlprogramm der Jusos Hamburg

BEREIT FÜR MEHR

Hamburg - Lläuft! Vier Jahre SPD-Senat waren vier gute Jahre für unsere Stadt. Vier Jahre, in denen dank solider Politik bewiesen wurde, dass beides möglich ist: die Finanzen der Stadt in Ordnung zu bringen und zugleich mit wichtigen Investitionen die Zukunft Hamburgs zu gestalten. Vier Jahre, in denen mit der Abschaffung der Studiengebühren und der beitragsfreien 5-stündigen KiTa wichtige Schritte für mehr Bildungsgerechtigkeit unternommen wurden und in denen durch den konsequenten Bau neuer Wohnungen nach zehn Jahren des CDU-Stillstands endlich gegen den Mietenwahnsinn vorgegangen wurde.

Olaf Scholz und die Hamburger SPD haben gezeigt, dass wir die Stadt, ihre Menschen und deren Bedürfnisse verstehen, dass wir die richtigen Ideen zur Entwicklung Hamburgs haben und dass wir unsere Ideen umsetzen und das auch einhalten, was wir versprechen. Auch wir Jusos haben vieles angestoßen und durch unsere Partei umsetzen können. Daran wollen wir anknüpfen. Wir sind bereit für mehr!

Bildung

Bildung entscheidet über die Zukunft unserer Stadt. Das haben wir bereits in unserem SPD-Regierungsprogramm 2011 festgestellt und uns davon in den letzten 4 Jahren leiten lassen. Wir haben Hamburg nach dem Leitbild "Versprochen und gehalten" grundlegend gestaltet. Dabei haben wir uns verstärkt auf die Stärkung des Bildungsstandortes Hamburg fokussiert. Wir haben den Etat für Bildung trotz Schuldenbremse deutlich erhöht. Zusätzlich haben wir den baulichen Sanierungsstau an unseren Schulen und Hochschulen bzw. Universitäten stark abgebaut. Das ist deutschlandweit einzigartig!

Doch es bleibt noch einiges zu tun, damit unsere Stadt noch attraktiver wird und den Anforderungen der Zukunft gerecht werden kann. Bildung ist der Schlüssel für Veränderung.

Frühkindliche Bildung weiter voranbringen

Frühkindliche Bildung und ein breites Betreuungsangebot entlasten Familien und setzen für viele Kinder den Grundstein für ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben. Sie erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und leisten so einen großen Beitrag zur Gleichstellung von Mann und Frau. Auch ist es zur Verwirklichung von Chancengerechtigkeit in Hamburg wichtig, dass Kinder nicht durch Gebühren oder fehlende Plätze vom Zugang ausgeschlossen werden, sondern gemeinsam mit Gleichaltrigen spielen und sich entwickeln können.

Die SPD hat vor der letzten Bürgerschaftswahl versprochen, dass wir die Kita-Gebührenerhöhung der CDU zurücknehmen, dass das Mittagessen kostenfrei wird und dass

wir eine flächendeckende, 5-stündige, kostenfreie Betreuung einführen werden. All das wurde in den letzten 4 Jahren umgesetzt. Hamburg ist damit deutschlandweit Vorreiter in der frühkindlichen Bildung und im Betreuungsangebot. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Die Erhöhung der Personalmittel von Kindertagesstätten zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels.
- Die fortlaufende Evaluierung und Verbesserung der Qualität des Betreuungsangebotes.
- Die durchgehende Vergütung für Auszubildende in der gesamten Ausbildungszeit.
- Eine Kampagne zur Gewinnung männlicher Erzieher.

Schulalltag verbessern – Schulstruktur belassen

Hamburgs Schulpolitik ist auf einem guten Weg. Statt lähmender Strukturdebatten kümmert sich Hamburg um spürbare Verbesserungen im Lehr- und Lernalltag für SchülerInnen und LehrerInnen. Die Zahl der SchulabbrecherInnen ist an allgemeinbildenden Schulen seit 2011 von 7,5% auf 5,1% deutlich gesunken. Immer mehr SchülerInnen verlassen damit die Schule mit einem ersten allgemeinbildenden Abschluss. Dazu sind mittlerweile 99% aller allgemeinbildenden staatlichen Schulen im Ganztagsbetrieb. Zusätzlich wurden seit 2011 fast 1000 Lehrer und 400 Sozialpädagogen eingestellt, wodurch es unter anderem gelungen ist, die Klassengröße vor allem an Stadtteilschulen aus sozial schwachen Quartieren deutlich zu senken. Wir Jusos bekennen uns zum Hamburger Schulfrieden und verteidigen ihn mit unseren BündnispartnerInnen, wie zuletzt im Rahmen der gescheiterten G9-Jetzt-Initiative. Hamburgs Fokus muss auch in Zukunft nicht auf die Schulstruktur, sondern auf die Verbesserung des Unterrichts und des schulischen Rahmenbedingungen gerichtet sein.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Die Nachbesserung bei räumlichen Situation im Rahmen der Ganztagschule, insbesondere die flächendeckende Ausstattung mit Schulkantinen.
- Die Fortführung der Sanierungs- und Baumaßnahmen an Schulgebäuden.
- Eine Stärkung der Pädagogikausbildung im Rahmen der LehrerInnenausbildung.
- Die Einstellung weiterer SozialpädagogInnen zur Verwirklichung eines inklusiven Schulsystems.
- Die Wiedereinführung von Hitzefrei an allen Hamburger Schulen.
- Die stringente Umsetzung des Fortbildungskonzepts für LehrerInnen.
- Ein Stärkung des Schulsports im Unterrichtsplan, u.a. durch eine verpflichtende dritte Sportstunde in der Grundschule.
- Eine engere Anbindung der Jugendberufsagentur an die Schulen.

Digitalisierung der Schulen vorantreiben

Deutschland hinkt in der Einbeziehung neuer Medien in der Schulbildung innerhalb der Industrieländer hinterher. Wir wollen das Hamburg Vorreiter in der Digitalisierung des Schulunterrichtes in Deutschland wird. Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir auf die Digitalisierung unserer Schulen setzen. Hamburg bietet als Internet- und Technologiestandort viele Möglichkeiten. Wir wollen Synergien dieser Stadt nutzen und ein Digitalisierungskonzept entwickeln.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Die Durchführung vorbereitender Planungen und die Einrichtung von Pilotprojekten, damit bis 2025 alle SchülerInnen mit Tablets ausgestattet sind.
- Die vorrangige Verwendung freier Lizenzen und Formate, um Lernmittelfreiheit auch digital zu gewähren.
- Die Unterrichtung gängiger Programmiersprachen an weiterführenden Schulen.
- Die Einführung des Schulfachs Computing.

Politische Bildung stärken

2015 dürfen 16 – 18 Jährige erstmals an der Wahl der Hamburgische Bürgerschaft teilnehmen. Dieser Schritt war richtig und überfällig. Lange genug wurde bloß die Politikverdrossenheit der Jugend kritisiert, ohne dass man Jugendlichen auch nur die Möglichkeit gegeben hat, aktiv und auf Augenhöhe am politischen Willensbildungsprozess teilzunehmen. Politisches Interesse und Begeisterung für die Demokratie entstehen aber nicht alleine durch mehr Beteiligung. Politische Zusammenhänge und Gestaltungsmöglichkeiten müssen anschaulicher und verständlicher dargestellt werden. Gleichzeitig bedarf es einer Stärkung von ehrenamtlichem politischem Engagement.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Den Ausbau von Programmen zur praktischen Vermittlung von Politik, insb. von „Jugend im Parlament“.
- Einen stärkeren Austausch von PolitikerInnen, NGOs und politischen Jugendorganisationen im Rahmen des Unterrichts.
- Die Wiedereinführung des Ring Politischer Jugend in Hamburg.
- Die fortlaufende Durchführung von Podiumsdiskussionen der politischen Jugendorganisationen vor und zwischen Wahlen.

Wissenschaftsmetropole Hamburg

Der größte politische Erfolg der Jusos Hamburg in den letzten 10 Jahren war die Abschaffung der Studiengebühren. Wir haben es über Jahre in der SPD eingefordert und zum Wintersemester 2012/2013 umgesetzt. Damit haben die Studierenden dieser Stadt bereits fast 2.000 € gespart. Gleichzeitig ist es trotz des allgegenwärtigen Spardrucks gelungen sowohl die

Mittel der Studiengebühren zu kompensieren als auch knapp 500 Millionen Euro in die Sanierung und Modernisierung der Hochschulgebäude zu investieren. Daran gilt es anzuknüpfen. Hamburg braucht gute Lehre und gute Forschung. Zugleich müssen die sozialen Belange der Studierenden weiterhin im Fokus der Hochschulpolitik stehen, damit Hamburg ein attraktiver Standort für Studieninteressierte bleibt.

Wir Jusos fordern daher:

- Den weiteren Abbau des Sanierungsstaus an den Hamburger Hochschulen.
- Die Sicherstellung kostenfreier Aufnahmetests sowohl für bachelor- als auch für Masterstudiengänge.
- Mehr Masterplätze und eine dauerhafte Lösung der Übergangsproblematik von Bachelor zu Master, insbesondere bei Lehramts- und Psychologiestudierenden ohne die Einführung sogenannter „Landeskinderregeln“.
- Die Stabilisierung der Semesterbeiträge, z.B. über die Erhöhung der Landesfördermittel für das Studierendenwerk Hamburg.
- Den Erhalt der Studienvielfalt an den Hamburger Hochschulen.
- Die Evaluierung der Rahmenverträge mit den Hochschulen ab 2015.
- Die fortlaufende Evaluierung und Verbesserung der Bachelor/Master-Umsetzung.
- Die Einführung des Promotionsrechts für Fachhochschulen.
- Das Angebot von „Hamburg-Studien“ - jährlicher Ringvorlesungen und Seminare über Hamburgische Geschichte, Politikstruktur und Kultur anbieten.
- Die Demokratisierung der Selbstverwaltung der Universitäten und Hochschulen durch die Eingrenzung der Befugnisse der nicht demokratisch legitimierten Hochschulräte.
- Die Abschaffung des intransparenten Vereinbarungsmodells im Hamburg Hochschulkapazitätsrecht (AKapG), um ein bedarfsgerechtes Angebot an Studienplatzkapazitäten zu gewährleisten.

Forschungscampus Bahrenfeld stärken

Mit dem Forschungscampus Bahrenfeld wird Hamburg europaweit dauerhaft in die Spitzenforschung aufschließen. Die gemeinsame Anordnung des DESY, des Center for Hybrid Nano-Structures, des Zentrum für Infektionsforschung und dem neugegründeten Max-Planck-Institut für Struktur und Dynamik der Materie war eine zukunftsweisende Entscheidung für diese Stadt.

Wir Jusos fordern daher:

- Die transparentere Gestaltung des Forschungscampus durch ein Infocenter für die Öffentlichkeit
- Den Bau eines Gebäudekomplexes bestehend aus Hörsälen und Mensa
- Die Verlagerung des Studiengangs Physik auf den Campus
- Die Prüfung der Verlagerung des Studiengangs Chemie auf den Campus

Staatsbibliothek Hamburg als Kulturgut Hamburgs fördern

Die Staatsbibliothek übernimmt eine tragende Rolle für Wissenschaft in Hamburg. In den vergangenen Jahren wurde aus Eigenmitteln vieles zur Modernisierung und Optimierung des Nutzerangebotes getan. Gleichzeitig bedarf es aufgrund steigender Studienzahlen dringend einer Erhöhung der NutzerInnenarbeitsplätze. Zudem hat die Stabi durch Bücherentsäuerung, Digitalisierung von Altbeständen und den Aufbau des spartenübergreifenden Portals HamburgWissenDigital bewiesen, dass sie Pionierin in dieser Stadt bei der Sicherung, Digitalisierung und Aufarbeitung unseres kulturellen Erbes ist. Gerade wenn wir auch langfristig einen öffentlichen Zugang zu Literatur und unserem kulturellen Erbe sichern wollen, dürfen wir die Digitalisierung von Buchbeständen nicht den Konzernen dieser Welt überlassen.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Die Kompensation der Kostensteigerungen beim elektronischer Medien durch Erhöhung der Landesmittel
- Die Reaktivierung des Altbaues zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze
- Die Schaffung eines Kompetenzzentrums zur Digitalisierung, Sicherung, Aufarbeitung und Publikation unseres kulturellen Erbens

Hamburg: Tor zur Berufswelt

Die Duale Ausbildung ist eine der Stärken der deutschen Wirtschaft. Sie bietet jungen Menschen eine Perspektive und Unternehmen die Möglichkeit junge Fachkräfte auszubilden. Hamburg hat in der Vermittlung von Ausbildungsverhältnissen mit der Jugendberufsagentur neue Maßstäbe gesetzt. Daran wollen wir anknüpfen und innerhalb der Betriebe in Hamburg Anreize schaffen, mehr, und vor allem auch schwer vermittelbare Jugendliche auszubilden. Zugleich muss die finanzielle Existenz der Azubis gesichert sein. Die bisherigen Ausbildungsvergütungen in vielen Berufen reichen insbesondere in Ballungsräumen wie Hamburg nicht zum Leben. Hier müssen Betriebe, die keine existenzsichernde Vergütung zahlen stärker in die Verantwortung genommen werden. Zudem brauchen wir in Hamburg für Auszubildende eine ähnliche Infrastruktur wie die bestehende für Studierende. Dazu gehört ein Auszubildendenwerk und die Einrichtung von Auszubildendenwohnheimen.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Die Einbringung einer Bundesratsinitiative zur Einführung einer Mindestausbildungsvergütung, die sich an der in der Höhe an den BAföG Bedarfssätzen orientiert.
- Die rechtliche und wirtschaftliche Prüfung einer Ausbildungsplatzumlage mit dem Ziel einer Umsetzung bis 2020
- Die Schaffung eines Auszubildendenwerks in Kooperation mit den ausbildenden Betrieben, das durch entsprechende Betreuung auch Wohnheimplätze für minderjährige Azubis anbieten kann und Beratungsangebote für Jugendliche koordiniert

- Die Stärkung des Übergangs von Ausbildung und Studium
- Den Ausbau von Ausbildungsplätzen im öffentlichen Dienst
- Eine verstärkte Öffentlichkeitskampagne für die Jugendberufsagenturen
- Eine bedarfsgerechte Finanzierung der beruflichen Schulen, mit ausreichend Möglichkeiten auf die anstehenden Herausforderungen, wie z.B. SEPL und Inklusion, zu reagieren
- Die Entwicklung von Maßnahmen zur Stärkung der betrieblichen Ausbildungsqualität

Wohnen & Stadtentwicklung

Hamburg wächst und verändert sich von Tag zu Tag. Damit davon alle profitieren, braucht es weiterhin eine Politik, die das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum ins Zentrum setzt, die Verdrängungsprozessen in Szenevierteln entgegenwirkt, die genug Freiräume, Beteiligungsmöglichkeiten und finanzielle Hilfe für lebendige Stadtteilkultur, für nachbarschaftliches Engagement und eine gesunde Entwicklung aller Quartiere bereitstellt. Dafür braucht es Politik, die sich weiterhin für die Durchmischung der Quartiere einsetzt, damit Hamburg keine Stadt der Extreme wird, in der je nach Stadtteil die einen sorglos und die anderen perspektivlos sind. Und dafür brauchen wir weiterhin eine Politik, die Räume und Zufluchtsorte für diejenigen schafft, die in Not geraten und in Hamburg einen sicheren Hafen suchen.

Bezahlbare Stadt für junge Leute

Nach 10 Jahren des Stillstands im Wohnungsbau durch CDU, Schill-Partei, FDP und Grüne sind die Mieten in Hamburg explodiert. Seit vier Jahren ist Hamburg wieder auf einem guten Weg. Wohnungen werden gebaut, der soziale Wohnungsbau gestärkt und wichtige Instrumente wie die Mietpreisbremse und die neuen Regeln zur MaklerInnengebühr wurden auf Initiative Hamburgs im Bund durchgesetzt. Dennoch ist es für junge Leute in Hamburg noch immer schwer, eine günstige Wohnung zu finden.

Wir Jusos fordern daher:

- Die Fortsetzung des Wohnungsbauprogramms und der Stärkung des sozialen Wohnungsbaus.
- Den Bau neuer Wohnheime für Studierende und Auszubildende.
- Eine ausreichende Finanzierung des Studierendenwerks zum Erhalt stabil günstiger Wohnheimmieten.
- Verstärkte Investitionen in städtische **Subventionsprojekte für Azubi-Wohnungen**.
- Eine Stärkung der Wohngemeinschaften in Hamburg durch den gezielten Bau WG-gerechter Wohnungen und den Abbau von Vorurteilen bei VermieterInnen durch städtische Kampagnen und Aktionen.

Lebenswerte Stadtteile mit Perspektiven für alle

Die Viertel unserer Stadt verändern und entwickeln sich rasant. Darin liegt für uns vor allem die Chance zur Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle HamburgerInnen. Gerade mit Blick auf immer noch unterschiedlichen Perspektiven in den Hamburger Wohngebieten wünschen wir uns eine stärkere soziale Durchmischung der Quartiere, ohne dabei die Gefahr von Verdrängungsprozessen durch Gentrifizierung aus dem Auge zu verlieren. Eine wichtige Rolle bei der Quartiersentwicklung kommt sozialen Städtebauförderprogrammen wie RISE zu, durch die wichtige Projekte in Kooperation mit den BürgerInnen vor Ort entstehen und die so einen unverzichtbaren Beitrag zur Stadtentwicklung „von unten“ leisten. Die finanzielle Beteiligung der Wohnungswirtschaft etwa über das „Bündnis für die Quartiere“ ist wichtig, kann allerdings nur Ergänzung zu städtischen Programmen sein und darf nicht zu einer Privatisierung der Stadtentwicklung führen.

Wir Jusos fordern daher:

- Die Ergänzung der Mittel des Städtebauförderprogramms RISE um 25 Millionen Euro oder die Einrichtung eines neuen Programms mit mindestens gleicher Fördersumme und mindestens gleichwertigen Beteiligungsstrukturen.
- Möglichst flexible und unbürokratische Förderverfahren unter Einbeziehung städtischer QuartiersentwicklerInnen.
- Die Beibehaltung der Planungs- und Regelungshoheit für Stadtentwicklung in der öffentlichen Hand sowie die Stärkung der Bezirke in allen Phasen.
- Die Fortsetzung des konsequenten Einsatzes gegen Wohnungsleerstand und andere Formen der Zweckentfremdung von Wohnraum.
- Den frühzeitigen Erlass sozialer Erhaltungsverordnungen in Quartieren, in denen sich soziale Verdrängungsprozesse abzeichnen, sowie die schnellstmögliche Schließung von Rechtslücken im Wege einer Bundesratsinitiative.
- Die Kopplung von Mieterhöhungen bei energetischen Sanierungen an die dadurch mögliche Heiz- und Stromkostensparnis.
- Die gezielte Förderung von preisgünstigem Wohnen im Innenstadtbereich.

Stadt der Freiräume

Hamburg definiert sich als offene und freiheitlich gesinnte Stadt, die Raum für unterschiedliche Ideen, Ansichten, Lebensentwürfe und Aktivitäten bietet. Hamburg ist wunderschön ohne sich durchstylen zu müssen – im Gegenteil: sterile Städte verlieren jeglichen Reiz und gerade wir als Jugend wünschen uns Freiräume zur Entfaltung und zur freien Gestaltung unserer Freizeit. Auch ist Hamburg eine Stadt selbstbewusster BürgerInnen, die mitreden und mitgestalten wollen. Dahinter steht ein Ideenreichtum, den es bei öffentlichen Projekten durch frühestmögliche Beteiligung, zu nutzen gilt. Beteiligung kann jedoch nur im Rahmen demokratisch legitimierter Entscheidungsprozesse stattfinden und darf nicht dazu führen, dass dank finanzieller oder zeitlicher Ressourcen einzelne Gruppen ihre Interessen gegen das Gemeinwohl durchsetzen.

Wir Jusos fordern daher:

- Die stärkere Integration von Jugendaktivität und Jugendkultur in öffentliche Räume, etwa durch die Bereitstellung von Wänden für Graffiti.
- Einen möglichst präventiv ansetzenden Umgang mit sog. „Problemorten“ durch mehr Straßensozial- und Kontaktarbeit.
- Klare Grenzen und Augenmaß bei der Privatisierung von öffentlichem Raum, um die Verdrängung von Menschen zu verhindern.
- Bei Großprojekten und Bauvorhaben eine möglichst frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit auf Initiativen von Stadt und/oder Bezirk.
- Die Einführung von Quoren bei bezirklichen BürgerInnenentscheiden.
- Auch bei Bau- und Planungsverfahren, die von städtischen Unternehmen – wie etwa der SAGA GWG – durchgeführt werden, ist eine umfassende Beteiligung der jeweils zuständigen Bezirksversammlung zu allen Planungsphasen zu gewährleisten. Die Auslagerung von Stadtentwicklungsprogrammen an städtische Unternehmen, darf nicht zur Verschlechterung der demokratischen Partizipation der Bezirksversammlungen führen.

Kulturpolitik

Für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist die Förderung kultureller Bildung ein wichtiges Gut, das den Jusos Hamburg am Herzen liegt. Dazu zählt z. B. das Engagement in einer Geschichtswerkstatt ebenso wie der Besuch von Oper, Ballett oder Theater. Ein breites Kulturverständnis stärkt das Sozialverhalten der Bevölkerung. Die Vermittlung dieses Verständnisses muss von der Stadt konsequent und aktiv unterstützt werden. Das schließt nicht zuletzt die Förderung alternativer Jugendkultur mit ein. Junge Menschen sollen in Hamburg auch über kreative Freiräume verfügen, in denen sie Projekte verwirklichen können, die gegen den Strich gebürstet sind.

Nach einem kulturpolitischen Kahlschlag unter Schwarz-Grün ist es der SPD nach ihrer Regierungsübernahme gelungen, das Vertrauen vieler Kulturschaffender in die Politik zurückzugewinnen: Alle 2011 angekündigten Versprechen wurden eingelöst: So wird beispielsweise kein Museum in Hamburg schließen müssen, das Schauspielhaus erhält einen vollen Tarifausgleich und das Thalia Theater sowie die Staatsoper 1,5 Prozent Ausgleich.

Kultur hat wieder einen hohen Stellenwert in Hamburg. Doch nach zehn Jahren CDU-geführter Senate ist noch viel zu tun.

Wir Jusos fordern daher:

- Wettbewerbsfähigkeit privatwirtschaftlicher Kulturbetriebe gewährleisten.
- Förderung von Kulturprojekten aus der freien Szene verstärken.

- Unterstützung für eine lebendige Stadtteilkultur durch konsequente Stärkung der Geschichtswerkstätten in den Quartieren.
- Keine Schließung weiterer Standorte der Hamburger Öffentliche Bücherhallen.

Filmstadt Hamburg stärken, Medienkompetenzen ausbauen

Hamburg bietet eine einzigartige Kulisse für Film- und Fernsehen. Die Inszenierung der Stadt in fiktionalen Produktionen ist auch touristisches Aushängeschild und zu einem erheblichen Teil auch Wirtschaftsfaktor. Zugleich wollen wir über eine Stärkung des Mediacampus Finkenau gewährleisten, dass Hamburg weiterhin führender Medienstandort in Deutschland bleibt:

Wir Jusos fordern daher:

- Keine Mittelkürzung bei der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein.
- Den Aufbau einer Kooperation zwischen Henri-Nannen-Schule und HAW-Dependance Design, Medien und Information (DMI).
- Die Schaffung einer staatlichen kostenfreien Journalistenausbildung auf dem Mediacampus.

Wirtschaft und Arbeit

Hamburg war schon immer ein Wirtschaftsstandort der sich über seinen Hafen definiert. Angefangen bei der Hanse ist der Hafen bis heute Dreh- und Angelpunkt. Mit einer Bruttowertschöpfung von 12 Mrd. € pro Jahr ist der Hafen der wichtigste Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber zugleich. Krisen in der Schifffahrtsindustrie und die begrenzte Ausbaufähigkeit unserer Elbe erfordern jedoch eine breitere Aufstellung der Hamburger Wirtschaft. Unsere Hansestadt ist für mehrere Cluster nicht nur bekannt sondern nimmt dort auch eine führende Rolle ein. Von erneuerbaren Energien bis hin zu einer großen IT-Szene entstehen in Hamburg neue Wirtschaftszweige und gefördert werden müssen.

Gleichzeitig ist Hamburg eine Stadt guter Arbeit und einer sozial verantwortlich handelnden Wirtschaft. Selbstbestimmung ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Wer sich Mühe gibt, darf nicht auf unüberwindbare Hürden stoßen, die es ihm versagen, sein Leben zu verbessern oder gar die Lebensgrundlage zu sichern. Das solidarische Miteinander darf auch in Krisenzeiten nicht verloren gehen. Schließlich muss Arbeit immer fair entlohnt werden.

Eine Digitale Agenda für Hamburg

Hamburg ist auf einem guten Weg zur nationalen IT-Hauptstadt zu werden. Viele „Global Player“ wie Facebook und Google haben ihre Deutschlandzentralen in der Hansestadt. Betrachtet man, wie sich der wirtschaftliche Anteil der IT-Branche entwickelt, wurde hier auf das richtige Pferd gesetzt. Mit der next Media.Hamburg-Initiative hat man hier den Grundstein

für eine führende Rolle gelegt. Jedoch bedarf es nicht nur einer Ansammlung digitaler Unternehmen, sondern auch einem Gesamtkonzept und der nötigen Infrastruktur.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Den Glasfaserausbau voranzutreiben und das gesamte Stadtgebiet schnellstmöglich flächendeckend mit schnellem Internet zu versorgen.
- Die öffentliche Bereitstellung von kostenfreiem W-LAN im gesamten Innenstadtbereich bis 2020.
- Die Entwicklung eines Masterplans „Digitales Hamburg“.

Startups – Hamburg als junge Unternehmerstadt

Wir wollen, dass Hamburg ein Attraktiver Startpunkt für junge GründerInnen wird. Dazu braucht es Orte des Austauschs und der Vernetzung, gerade auch mit InvestorInnen und MentorInnen. Die Bundesagentur für Arbeit kann diese Aufgabe nicht in dem Maße leisten, wie viele GründerInnen sie brauchen. Besonders im Bezug auf branchenspezifische Beratung und Finanzierungshilfen besteht Bedarf in Hamburg. Ebenso wollen wir gerade auch mit Blick auf Existenzgründungen das Genossenschaftsmodell stärken. Gerade Genossenschaften zeigen eine enorme Stabilität im Vergleich zu anderen Gesellschaftsformen. Ursache hierfür ist auf der einen Seite der genossenschaftliche Prüfverband und auf der anderen Seite die hohe Identifikation der Gesellschafter mit dem Unternehmen.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Die Einrichtung einer Stabstelle in der Wirtschaftsbehörde zur Vernetzung, Beratung und Gewinnung von ExistenzgründerInnen.
- Die Fortentwicklung des Genossenschaftsmodells für sämtliche Unternehmenszwecke insbesondere für Startups.
- Die Unterstützung von Startups durch günstige Finanzierungshilfen über die Hamburgische Investitions- und Förderbank.
- Eine engere Kooperation von Business Angels und Venture Capitalists mit Schulen und Hochschulen, um jungen GründerInnen Hilfestellungen zu geben und junge Köpfe zur Existenzgründung zu inspirieren.
- Die Schaffung konkreter Incentives für Startups.

Zukunft des Hafens sichern

Hamburgs Hafen muss beständig weiterentwickelt werden. Die Konkurrenz in Europa und darüber hinaus ist stark und die Herausforderungen vielfältig. Wir müssen alle Maßnahmen ergreifen den Hafen konkurrenzfähig zu halten. Die bestehende Infrastruktur darf nicht verfallen. Darüber hinaus muss man sich heute schon Gedanken über das Morgen machen. Aufgrund der geographischen Lage und der ständigen technischen Entwicklung im Bereich der Schifffahrt ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Hafen an seine Grenzen stößt. Das Konzept den

Hafen nicht nur für den Umschlag sondern auch vermehrt für den Tourismus zu See zu nutzen ist der richtige Beginn.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Die zügige Umsetzung Fahrrinnenanpassung, sobald alle juristischen Streitigkeiten beigelegt sind.
- Den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur mit städtischen Mitteln.
- Den Erhalt der gesellschaftsrechtlichen Mehrheit der Freien und Hansestadt Hamburg bei der HHLA.
- Den Erhalt der Schiffsfinanzierung bei der HSH Nordbank zu gewährleisten.

Sprung über die Elbe auch wirtschaftlich erreichen

Harburg ist ein bedeutender Wirtschaftsstandort im Süden Hamburgs. Gute Infrastrukturanbindungen bieten großen Unternehmen seit Jahrzehnten einen Standortvorteil. Wir müssen weitere Potentiale in Harburg heben, um durch einen wirtschaftlichen Aufschwung im Süden, den Lebensstandard mit dem Rest von Hamburg zu harmonisieren. Integration, Bildung, Kultur und Sport sind wichtige Bereiche die man weiterentwickeln kann, wenn das Fundament steht. Der Harburger Hafen ist aus wirtschaftlicher Sicht kaum noch von Bedeutung und muss in den nächsten Jahren neben der Harburger Innenstadt zu einem kulturellen und wirtschaftlichen Zentrum ausgebaut werden. Besonders die Stärkung des Mittelstandes und die Haltung von Betrieben und ihren Arbeitsplätzen sind von entscheidender Bedeutung. Wir verlieren immer mehr junge Familien an das Harburger Umland, weil sich die Betriebe ebenfalls weg orientieren. Der Sprung über die Elbe muss mehr sein als die Entwicklung der Elbinsel und des Binnenhafens. Eine gesamtheitliche, nachhaltige Entwicklung im Bereich Süderelbe ist wichtig und hilft ganz Hamburg. Wir wollen, dass Harburg als Wirtschaftsstandort weiter ausgebaut wird.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Eine nachhaltige Entwicklung des Hamburger Hafens in Richtung Süderelbe mit Rücksicht auf die Anwohner.
- Einen vernünftigen Ausbau des Harburger Hafens.
- Eine Fährianbindung zu den Landungsbrücken und mittelfristig die Verbindung der U4 über Wilhelmsburg nach Harburg.

Tourismus und Standortmarketing vorantreiben

Hamburg als Tourismusstandort wächst. Neue Musicals erobern die Herzen vieler Touristen und die Kreuzschiffahrt erobert den Hafen. Hamburg als Metropole boomt und lockt jedes Jahr Millionen von Touristen in die Stadt. Wir begrüßen daher die Planung der Eröffnung eines zentralen Informationspunktes in der Hamburger Innenstadt. Hamburg bietet jedoch weitaus mehr als Sightseeing. Wir wollen neue Medien nutzen, um auch in abgelegene Stadtteile lockt würde einen echten Mehrwert darstellen. Hierbei gibt es die Möglichkeit mit Geocaching

auf Spurensuche zu gehen, günstige Übernachtungsmöglichkeiten zu finden und angesagte Partytipps zu erhalten. Gleichfalls bedarf es eines effizienten Standortmarketings, um Unternehmen wie Fachkräfte von Hamburg als erfolversprechendem Standort zu überzeugen. Ähnlich wie andere Bundesländer braucht auch Hamburg eine offensive und einprägsame Außendarstellung in anderen Städten auf dem gesamten europäischen Kontinent. Dabei sollten neben Hamburgs hanseatischer Tradition auch die einzelnen erfolgreichen Cluster wie z.B. Windkraft oder IT in einer Art Säulenmodell dargestellt werden.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Die Entwicklung einer Tourismus-App zur Ansprache junger Städtereisender.
- Eine weitreichende Imagekampagne für die Hamburger Wirtschaft, die das Standortmarketing auf die nächste Stufe hebt.

Gewerbeflächenmanagement

In einer Metropole wie Hamburg, wo wohnen und arbeiten koexistieren sollen und der Platz endlich ist muss man mit eben diesem sparsam umgehen. Die Verteilung zwischen Gewerbe- und Wohnflächen muss ausgewogen bleiben und sich am Bedarf orientieren. Die Bebauung oder auch Nachverdichtung der Gewerbeflächen muss in ein Gesamtkonzept einfließen. Darüber hinaus muss sich der gesetzliche Rahmen den heutigen Bedingungen anpassen. Gewerbe ist heute vielfältig und auch die Produktion ist nicht mehr unbedingt mit Schmutz und Lärm verbunden. Mischgebiete sind im Licht der Hafen City und deren geplanter Erweiterung in Richtung Rothenburgsort etwas, was in die Planung und Realisierung einfließen müssen.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Vermehrt mehrstöckigen Bau auf Gewerbeflächen zu realisieren.
- Die Umwidmung von Gewerbeflächen in Wohnraumbau muss vermehrt und einzelfallabhängig geprüft werden.
- Die Beibehaltung des stadtplanerischen Ziels der Durchmischung von Wohnen und Gewerbe vor allem im Innenstadtbereich.
- Eine Überprüfung der Abschaffung des Verbots der Produktion in der Innenstadt in den Bebauungsplänen.

Mindestlohn in Hamburg stärken

Der Mindestlohn war lange Zeit eine Sozialdemokratische Kernforderung. Die Umsetzung dieser Forderung als erstes großen Projekt in der großen Koalition, war das richtige Signal und der richtige Schritt. Wer hart arbeitet muss auch davon leben können. Allerdings kommt der Mindestlohn in den kommenden Jahren nur schrittweise. Deshalb sollten bei der Vertragsvergabe durch die Stadt Auftragnehmer bevorzugt behandelt werden, die den Mindestlohn bereits jetzt zahlen und nicht erst dann wenn sie gesetzlich dazu verpflichtet sind.

Darüber hinaus sollen Arbeitgeber, die freiwillig einen Lohn über dem Mindestlohn zahlen, für ihre solidarische Unternehmensführung ausgezeichnet werden. Dieses Gütesiegel sollte an Betriebe und Unternehmen vergeben werden, welche ihren Mitarbeitern einen Lohn von 10 € oder mehr die Stunde zahlen. Dies darf allerdings nicht nur für die eigene Belegschaft, sondern auch für extern eingekaufte Dienstleistung (z.B. Wachdienst, Reinigungskräfte usw.) gelten. Damit wirklich das gesamte Lohngefüge belohnt und ausgezeichnet wird und nicht nur das profitable Kerngeschäft.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Dass sich die Freie und Hansestadt Hamburg im Bundesrat dafür einsetzt, dass auch in der privaten Wirtschaft die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen verpflichtend wird und keine Waren vertrieben werden dürfen, die selbst oder deren Teilbestandteile unter Missachtung der in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind.
- Dass die wirtschaftlich und finanziell starke Hansestadt Hamburg ein Gütesiegel „Mindestlohn Plus“ einführt.

Generation Praktikum

Schüler, Studenten und junge Absolventen nutzen Praktika, um sich beruflich zu orientieren und Erfahrungen zu sammeln. Oft sind sie sogar gezwungen ein Pflichtpraktikum zu absolvieren. Vor 10 Jahren hat sich die Initiative „Fair Company“ gegründet, deren Schirmherr aktuell Olaf Scholz ist. Wir wollen auf diesen Strukturen aufbauen und für alle Betriebe, die die o.g. Kriterien erfüllen ein Qualitätssiegel vergeben. Die Transparenz macht die Wahl des Betriebes leichter und der Druck auf dem Arbeitsmarkt wird zu einer höheren Akzeptanz von fairen Arbeitsbedingungen führen.

Wir Jusos fordern daher die Einführung eines Hamburgischen Qualitätssiegels, das unter folgenden Voraussetzungen vergeben wird:

- Es werden keine Vollzeitstellen durch Praktikanten substituiert.
- Es werden keine Praktikanten mit der vagen Aussicht auf eine anschließende Vollzeitstelle angelockt.
- Praktika dienen vornehmlich zur beruflichen Orientierung während der Ausbildungsphase.
- Praktikantenvergütungen haben eine adäquate Höhe, ausgerichtet an Dauer und Vorwissen.

Duales Studium

Viele Unternehmen setzen heute schon auf das Duale Studium. Hierbei sind viele Dinge im Hinblick auf die Bezahlung noch nicht eindeutig geregelt. Aus diesem Grund wollen wir die selben Standards wie bei einer dualen Berufsausbildung. Vor allem die Übernahmen der

Kosten und die Abschaffung der Rückzahlungsklausel liegt uns hierbei am Herzen. Es widerspricht unserem Verständnis von Freizügigkeit, dass es sich frei zu kaufen gilt, wenn man nach der Ausbildung den Arbeitgeber wechseln will. Wenn Unternehmen junge ArbeitnehmerInnen halten möchten, dann müssen sie ihnen dies über Lohn und Arbeitsbedingungen deutlich machen und nicht über eine Eingrenzung der Freizügigkeit. Mit den von uns vorgeschlagenen Regelungen wird der Wert eines Dualen Studiums weiter angehoben und wir verbessern die Situation junger ArbeitnehmerInnen.

Wir Jusos fordern daher

- Eine Bundesratsinitiative zur Übernahme von Studien- und Prüfungsgebühren, Lehr und Lernmitteln, sowie überregionaler Anfahrten im Rahmen des Dualen Studiums durch ArbeitgeberInnen.
- Eine Bundesratsinitiative zum gesetzlichen Verbot von Rückzahlungsklausel bei Verlassen des Unternehmens hinsichtlich eines Erststudiums.
- Eine Stärkung von regionalen Jobpartnerschaften zwischen Arbeitsagenturen und Jobcentern sowie den Bezirken.

Verkehr

Die Art und Weise, wie wir uns innerhalb von Städten fortbewegen wandelt sich in rasantem Tempo. Die Renaissance des Radverkehrs und die Popularität der Shared Economy sind beispielhaft für eine fortschrittliche Verkehrsentwicklung, die große Chancen für die Erhöhung der Lebensqualität in Hamburg bietet. Für uns Jusos kommt es bei erfolgreicher Verkehrspolitik auf 3 Aspekte an. Innerstädtischer Verkehr muss nachhaltig, leistungsfähig und gerecht sein. Mobilität ist Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und muss daher allen BürgerInnen unserer Stadt ermöglicht werden. Auch muss es gelingen, Ressourcen zu schonen und verkehrsbedingte Belastungen zu senken, ohne die flexible Fortbewegung von Menschen und Gütern einzuschränken.

Verkehrsplanung vorantreiben

Hamburg steht vor großen verkehrspolitischen Herausforderungen, hat aber auch alle Möglichkeiten, eines der fortschrittlichsten Verkehrssysteme weltweit zu stellen. Wie im Verkehr selbst ist auch in der Verkehrspolitik Stillstand ein Problem. Nach 10 verlorenen Jahren CDU-Senat ist Hamburg verkehrspolitisch endlich wieder in Bewegung. Daran wollen wir anknüpfen. Auch wollen wir, dass Verkehrskonzepte und Verkehrsplanung stärker in Stadtentwicklungsprozesse integriert werden und zugleich das Bewusstsein für Mobilität innerhalb der Bevölkerung schärfen

Wir Jusos fordern daher:

- Die Zusammenlegung von Stadtentwicklung und Verkehr in einer Fachbehörde.

- Die Erstellung eines neuen Verkehrsentwicklungsplans für Hamburg, welcher die Veränderungen im Verkehrsverhalten aufgreift, Multimodalität fördert und mehr Raum für die Selbstverantwortung aller VerkehrsteilnehmerInnen lässt.
- Die Thematisierung von Mobilität und Fortbewegungsmöglichkeiten im Rahmen von Schule und Weiterbildung.
- Die Fortführung und den Ausbau städtischer Mobilitätskampagnen.

Öffentlicher Nahverkehr

Um Hamburg zu bewegen braucht es einen starken öffentlichen Nahverkehr. Weil unsere Stadt wächst, muss auch die Kapazität des HVV und der Hochbahn steigen und zwar nicht erst in 10 Jahren. Gleichzeitig bleibt es auf lange Sicht unser Ziel, möglichst alle Quartiere unserer Stadt so gut wie möglich an das Nahverkehrsnetz anzuschließen und Verkehrsengpässe zu entlasten. Nahverkehr muss als öffentliche Einrichtung auch für alle BürgerInnen bezahlbar sein. Ein kostendeckender öffentlicher Nahverkehr verfehlt sein Ziel, wenn dadurch Menschen durch zu hohe Fahrpreise von der Benutzung ausgeschlossen werden.

Wir fordern daher:

- Eine umfassende Tarif- und Finanzierungsreform des HVV mit dem Ziel einer deutlichen Vergünstigung von Zeitkarten zur deutlichen Steigerung von Zeitkarteninhabern und einem signifikant höheren Anteil der Finanzierung des HVV durch die Allgemeinheit.
- Die Abschaffung des Schnellbuszuschlags und die Umstellung der Tageskarte auf ein 24-Stunden Ticket.
- Die Fortführung der Investitionen in die Qualität und Nachhaltigkeit des Busverkehrs und der damit verbundenen Entkopplung von Individual- und Linienverkehr
- Die Aufnahme des Ausbaus der U4 über die Elbe im Rahmen zukünftiger U-Bahn-Konzepte.
- Die Einrichtung einer Ost-West Fährverbindung auf der Alster im HVV.

Fahrradmetropole Hamburg

Die Wiederaufstieg des Fahrrads vom Hobbygegenstand zum Verkehrsmittel ist ein enormer Gewinn für Hamburg. Fahrräder verbrauchen so gut wie keinen öffentlichen Raum, sie sind je nach Modell erschwinglich in Anschaffung und Unterhalt, sie sind beinahe emissionsfrei und fördern die Gesundheit. Ziel der Entwicklung des Radverkehrs in Hamburg muss sein, dass das Rad als vollwertiges Verkehrsmittel und RadfahrerInnen als vollwertige VerkehrsteilnehmerInnen wahrgenommen und akzeptiert werden. Notwendig dafür ist neben dem Ausbau des Radverkehrsnetzes auch ein Umdenken in der Nutzung von Straßenraum. Chancen liegen auch darin, dass sich die Attraktivität des Radverkehrs bereits mit vielen „kleinen“ Maßnahmen steigern lässt.

Wir fordern daher:

- Die Fortsetzung des Ausbaus von Radverkehr- und Schutzstreifen und der damit einhergehenden Verlagerung von Radverkehr auf die Straße.
- Die Fertigstellung aller Velorouten sowohl im Zentrum als auch in den Randgebieten und die Planung neuer Radschnellwege bis 2020.
- Den Ausbau von Onlineplattformen zur Verbesserung des Radverkehrs wie dem „FahrRat Altona“ auf die gesamte Stadt.
- Eine bessere Kopplung von Radverkehr und ÖPNV, etwa durch Radabteile in S-Bahnen mit dem Ziel der Aufhebung der Nachmittagssperrstunde für Fahrräder im HVV und einem Ausbau von Bike-and-Ride Stellplätzen im gesamten Stadtgebiet.
- Den Ausbau und die Förderung von Fahrradwerkstätten, in denen ausgebildet wird und die durch günstigen An- und Verkauf gebrauchter Fahrräder die Zahl der Räder in Hamburg erhöhen.
- Den weiteren Ausbau des StadtRad Systems und die Aufnahme von Lastenfahrrädern in das Angebot auf 350 Stationen bis 2020.

Autoverkehr modernisieren

Auch wenn der KFZ-Verkehr statistisch in den letzten Jahren keine nennenswerten Zuwächse mehr verzeichnet, so ist er dennoch weit verbreitet und wichtig für viele HamburgerInnen, vor allem für das Wirtschaftsleben unserer Stadt. Andererseits verbrauchen Autos viel öffentlichen Raum und belasten unser Stadtklima. Um dem entgegenzutreten ohne die HamburgerInnen durch Verbote einzuschränken ist es notwendig den Kraftverkehr in Hamburg zu modernisieren. Hierfür ist vor allem eine Stärkung des Car-Sharings und der Elektromobilität notwendig.

Wir Jusos fordern daher:

- Den Ausbau der Anbindung von Car-Sharing an den öffentlichen Nahverkehr über das Konzept SwitchHH.
- Den Ausbau von E-Stellplätzen im Wege von Verhandlungen zum Wohnungsbau.
- Den Ausbau von Quartiersgaragen.
- Eine angemessene Parkraumbewirtschaftung innerhalb des Ring 1 und im erweiterten Kerngebiet.

FußgeherInnen

Die eigenen zwei Beine stellen das essentielle und wichtigste „Verkehrsmittel“ dar. Daher ist diesem von der Politik eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen und es ist in der Verkehrsplanung besonders zu fördern.

Daher fordern wir Jusos:

- Eine Reduzierung von Ampeln durch den verstärkten Einsatz von Kreisverkehren.
- Nur noch in Ausnahmefällen einen Einsatz von „Bettelampeln“.
- Die Verkürzung der Umlaufzeiten der Ampeln außerhalb der Hauptverkehrszeiten.

Energie und Umwelt

Hamburg schafft es bislang sein industrielles Herz, den Hafen, mit einer besonderen Aufenthaltsqualität zu verbinden und zusammen mit seiner Vielzahl an größeren und kleineren öffentlichen Parks und den zahlreichen weiteren Wasserflächen in der Stadt macht dies den besonderen Charme für alle Hamburgerinnen und Hamburger aus. Diese grüne und lebenswerte Basis der Metropole Hamburg, stellt jedoch keinen Grund zum Ausruhen dar, sondern sollte Ansporn sein die Lebensqualität für alle in Hamburg weiter zu verbessern. In erster Linie sind in diesem Zusammenhang die Luftqualität und die Lärmbelastung zu nennen und dem allen übergeordnet die Bekämpfung des Klimawandels. Insbesondere im Kampf gegen den Klimawandel tragen die Städte mit ihren CO₂-Emissionen eine wesentliche Verantwortung. Hamburg sollte hier seine Verantwortung wahrnehmen und sich als innovative Stadt ambitionierte Ziele setzen und gleichzeitig die wirtschaftlichen Chancen für die Stadt ergreifen. Hierbei ist insbesondere die exponierte Stellung Hamburgs in der Windkraftbranche hervorzuheben. Weiterhin ist ausdrücklich auch dem Wärmemarkt eine verstärkte Beachtung zu schenken, der für etwa 60% der eingesetzten Primärenergie steht.

Wir Jusos fordern daher:

- Dass Hamburg sich zum Ziel setzt schnellstmöglich CO₂-Neutral zu sein.
- Den Ausbau des Hamburgischen Biotopverbundes.
- Die bessere Fußwegeverbindung von Grünflächen innerhalb der Stadt.
- Bei Neubauvorhaben soll verstärkt der Leitsatz „Waagerechte Flächen für die Natur, senkrechte Flächen für den Menschen“ umgesetzt werden.
- Die Nutzung der vorhandenen Dachflächen, insbesondere auf öffentlichen Gebäuden, für den Bau vertikaler Windräder und der dann verbleibenden Fläche für Solaranlagen als sekundäre Energiequellen.
- Die unbürokratische Ermöglichung von Urban Farming und Urban Gardening auf ungenutzten städtischen Flächen.
- Eine stärkere Kooperation von Urban Gardening Initiativen und Kleingartenvereinen im Rahmen der Ganztagsbetreuung an Schulen.
- Die Umrüstung auf elektrisch betriebene Schiffe im Fährbetrieb von HADAG und Alster Touristik.
- Den Ausbau der Landstromversorgung für Schiffe im Hamburger Hafen.
- Konsequenterer Umsetzung der Recycling Strategie Hamburg mit dem Ziel die Recyclingquote deutlich zu erhöhen und die Quote der stofflichen Verwertung erheblich zu steigern.

- Kein Fracking auf Hamburger Gebiet.

Wärmekonzept

Im Wärmemarkt wird ca. 60% der eingesetzten Primärenergie verbraucht, weshalb hier ein verstärktes Augenmerk auf den Einsatz von innovativen und ressourcenschonenden Technologien gerichtet werden muss. Daher ist es essentiell, dass Hamburg in der kommenden Legislaturperiode ein Konzept für den Wärmemarkt erstellt und den Einsatz von innovativen Möglichkeiten zur Wärmebereitstellung in Neubauten und öffentlichen Gebäuden Priorität einräumt.

Wir Jusos fordern daher:

- Die Erstellung eines städtischen Wärmekonzeptes bis 2016.
- Die Förderung der Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung (KWKK).
- Die Ermöglichung und Förderung zur Einbindung des Abwassernetzes, Solarthermie und industrieller Kühlprozesse in die klassische Fernwärmeversorgung sowie in innovative Niedertemperatur Nahwärmenetze.
- Den verstärkten Einsatz von regenerativen Heizsystemen in Neubauten.
- Die Förderung der Nutzung des Abwassersystems als Wärmequelle und Wärmeverteilnetz.
- Die Förderung von innovativen Heizsystemen wie zum Beispiel Eisspeicherheizungen.

Windhauptstadt Hamburg

Hamburg hat sich in den letzten Jahren erfolgreich als herausragender Standort für die Windkraftindustrie etabliert, was sich unter anderem in der diesjährigen Ausrichtung der Leitmesse WindEnergy in Hamburg zeigt. Das finanzielle Umfeld ist ebenfalls in Hamburg gebündelt. Wir haben uns als Bundesrepublik auf die Energiewende geeinigt. Der Windbereich ist die treibende Kraft der erneuerbaren Energien. Wir in Hamburg haben bereits einen großen Anteil an diesem Wachstum und sollten diese Chance nutzen um die Kompetenzen auf Hamburg zu vereinen. Schnelle Kommunikationswege und Synergien können durch eine gebündelte Windindustrie in unserer Stadt entstehen. Die Energiewende als Ganzes kann nur gelingen wenn hier vor Ort weiter an innovativen Verbesserungen bisheriger und neuer Arten der Energiegewinnung geforscht und entwickelt wird. Ein Entwicklungsvorsprung im Bereich der Speichertechnologie würde immense wirtschaftliche Ressourcen freisetzen, weshalb wir politisch diese Forschung unterstützen müssen.

Deshalb fordern wir Jusos:

- Den Bau weiterer Windkraftanlagen auf Hamburgischem Gebiet.
- Eine engere Einbindung der Hochschulen mit den ansässigen Unternehmen der Windkraftbranche.
- Die Ansiedlung weiterer Unternehmen aus der Windkraftbranche, um als Kompetenzhauptstadt Arbeitsplätze und Knowhow zu sichern und zu erweitern.

- Zur Verknüpfung des Strom- und Wärmemarktes den Aufbau von weiteren Power-to-Gas Anlagen in Hamburg.
- Die Forschung im Bereich der Speichertechnologien in besonderem Maße zu fördern.

Soziales und Gesundheit

Obdachlosigkeit bekämpfen!

Laut der letzten offiziellen Zählung aus dem Jahr 2009 leben in Hamburg 1029 Menschen auf der Straße. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher sein. Diese Zahl ist zwar im Vergleich zum Jahr 2002 um 22% gesunken, die Zahl der Langzeitobdachlosen hat sich jedoch weiter erhöht. Grundsätzlich ist der Rückgang der Obdachlosenzahlen begrüßenswert, denn er zeigt, dass Obdachlosigkeit keineswegs ein unlösbares Problem darstellt. Gerade deshalb ist es nicht hinzunehmen, dass in einer der reichsten Städte Europas mehrere tausend Menschen kein Obdach haben und unter Brücken und Hauseingängen schlafen müssen. Wir begrüßen jedoch die großen Anstrengungen des SPD Senats mehr sozialen Wohnraum zu schaffen. Diese Aufgabe wurde von der Vorgängerregierung sträflich vernachlässigt und stellt die Gesellschaft vor große Probleme. Ein erster Schritt zu einer Verbesserung für die Situation der Obdachlosen ist der Ausbau des Winternotprogrammes im Jahr 2014/2015. Die Stadt stellt hierfür 1,6 Millionen Euro und 850 zusätzliche Schlafplätze zur Verfügung. Dennoch gilt es weitere Maßnahmen zu ergreifen, die Obdachlosigkeit nachhaltig bekämpfen.

Wir Jusos fordern daher:

- Mehr Mittel für eine Einzelzimmerunterbringung in zentralen und gut erreichbaren Unterkunftsstätten zur Verfügung zu stellen.
- Arbeit und Erreichbarkeit der Fachstellen deutlich zu verbessern.
- Zusätzliche Hilfsangebote bereit zu stellen, die auf die spezielle Bedarfslage älterer, behinderter und pflegebedürftiger Obdachloser zugeschnitten sind.
- Spezielle Hilfsangebote für obdachlose Frauen auszubauen und die Versorgung zu verbessern.
- Sowie zusätzlich spezielle Hilfen für psychisch kranke Obdachlose bereitzustellen und bestehende erfolgreiche Projekte finanziell zu fördern.
- Angebote zu schaffen die einen Aufenthalt im Winternotprogramm auch tagsüber ermöglichen.

Jugendhilfe stärken

Die SPD setzt sich seit Jahren für die Chancengleichheit in unserem Land ein. Dies kann nur gelingen, wenn Kinder- und Jugendliche aus sozial schwachen Verhältnissen schon früh aufgefangen und durch vielfältige Hilfsangebote Unterstützung durch den Staat erhalten. Wir sind der Überzeugung, dass Mittel für die Jugendhilfe nicht nur nach Einwohnerzahl, sondern viel mehr nach dem Bedarf der im Stadtteil wohnenden Jugendlichen verteilt werden. Durch

das von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt eingeleitete Sozialmonitoring in Hamburg besteht auch eine ausreichende Datengrundlage für eine Verteilung der Jugendhilfemittel nach sozialen Faktoren.

Wir Jusos fordern daher:

- Die Jugendhilfemittel nicht nach Einwohnerzahl sondern nach sozialen Faktoren auf die verschiedenen Bezirke zu verteilen.

Hamburg braucht ein echtes Sozialticket

Mobilität ist wichtig. Nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für jeden einzelnen Menschen, um an eben diesem gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Gerade für Menschen, die sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden und beispielsweise eine Arbeitsanstellung oder eine Wohnung suchen, ist Mobilität existenziell. Gerade Menschen mit wenig Geld sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Bis 2003 gab es deswegen in Hamburg ein Sozialticket, welches Sozialhilfeempfängern ermöglichte für 15,50 Euro Bus und Bahn zu fahren. 13,25 Euro wurde von der Sozialbehörde als Ausgleich an den HVV gezahlt. Die Situation heute ist, dass ein Hartz IV-Empfänger 24,60 Euro im Monat für Bus und Bahnfahrkarten bekommt. Eine Monatskarte für den Großbereich, die zeitlich nicht begrenzt ist kostet jedoch 95,50 Euro. Menschen dürfen aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht von Mobilität und Gesellschaft ausgeschlossen werden. Deswegen braucht Hamburg wieder ein echtes Sozialticket.

Daher fordern die Jusos:

- In Zusammenarbeit mit dem HVV wieder ein echtes Sozialticket einzuführen, welches den Betrag den Studierende in Hamburg bezahlen nicht überschreiten darf oder dem Regelbedarf für den Bereich Mobilität entspricht.
- In einem ähnlichen Verfahren vergünstigte Fahrkarten für Azubis und Praktikanten anzubieten.

Umdenken in der Drogenpolitik

Drogenabhängigkeit ist für viele Menschen, auch in Hamburg, eine menschliche Tragödie. Drogensucht ruiniert nicht nur die Gesundheit, sondern viel zu oft auch Lebensperspektiven, persönliche Bindungen und die eigene Existenz. Auch ist sie oftmals Ursache für kriminelle Handlungen und schadet so auch anderen. Hamburg führt seit Jahrzehnten einen engagierten Kampf gegen Drogen. Dennoch ist es mit einer vornehmlich repressiven Drogenpolitik nicht gelungen, dem Problem Herr zu werden, es wurde meist nur örtlich verlagert. Wir wollen eine Drogenpolitik, die ihren Schwerpunkt auf Hilfestellungen setzt und zugleich die Eigenverantwortlichkeit stärkt. Das gilt auch im Umgang mit Cannabis. Einige Bundesstaaten der USA haben den privaten Konsum mittlerweile legalisiert. In den Niederlanden wird ein Besitz von 30g toleriert seit 1976 toleriert. Der Bund deutscher Kriminalbeamter fordert für Deutschland nun Straffreiheit für Drogenkonsumenten. Vorteile dieser Regelung wären nicht

von der Hand zu weisen: Die organisierte Kriminalität rund um den Handel von Cannabis könnte aufgelöst werden, dadurch werden Polizei und Justiz entlastet. Der Jugendschutz könnte durch einen kontrollierten Verkauf effektiver gewährleistet werden. Qualität und Wirkstoffgehalt von Cannabis wären für den Verbraucher transparent. Durch die Entkriminalisierung der Konsumenten werden die soziale Kontrolle und auch die Präventionsarbeit einfacher. Der Staat kann durch eine Legalisierung, ähnlich wie bei Tabak hohe Steuereinnahmen erwarten. Obwohl wissenschaftliche Studien ergeben haben, dass der Konsum von Cannabis nicht gefährlicher ist als der von Alkohol oder Tabak, muss man auch gesundheitliche Aspekte und Risiken, wie die in Studien belegte erhöhte Gefährdung der Erkrankung an Psychosen, mit in diese Diskussion einbeziehen.

Daher fordern wir Jusos:

- Eine ernsthafte politische Diskussion über das Thema „Legalisierung von Cannabis“.
- In dieser Diskussion sollen auch Ideen und Erfahrungen anderer Bundesländer mit einbezogen werden.
- Die Wiedereinrichtung bei gleichzeitiger Aufstockung der Mittel von betreuten Drogenkonsumräumen in Stadtteilen mit großer Drogenszene.
- Die Aufstockung der Mittel für mobile Suchthilfe.

Offene Gesellschaft

Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgender voranbringen

Die SPD hat in den letzten Jahren sehr viele Erfolge für die Gleichstellung von LGBTI auf allen politischen Ebenen erringen können. Doch trotzdem kann man leider noch nicht von einer vollen Gleichstellung sprechen. Im Artikel 3 des Grundgesetzes ist die sexuelle Identität noch immer nicht aufgeführt. Darüber hinaus gibt es beispielsweise noch immer Diskriminierungen im Bereich Eherecht. Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt ist Teil der Hamburger Schulwirklichkeit und auch in den Bildungsplänen angekommen. Die guten Konzepte, die es in Hamburg gibt, müssen nun weiter mit Leben gefüllt werden.

Wir Jusos fordern daher:

- eine erneute Hamburgische Bundesratsinitiative zur vollendeten Öffnung der Ehe mit allen Rechten und allen Pflichten. Alle Menschen sollen unabhängig ihrer sexuellen Orientierung gleich behandelt werden, dazu gehören ein gleiches Ehe-, Adoptions- und Steuerrecht.
- zusätzliche Mittel der Schulbehörde zur weiteren Finanzierung des erfolgreichen Schulaufklärprojekts
- den Einsatz Hamburgs für eine Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um den Zusatz „sexuelle Identität“.

Solidarität mit Flüchtlingen

Immer mehr Flüchtlinge sind zur Flucht vor Krieg, Gewalt und Unterdrückung gezwungen. Viele von ihnen suchen Schutz und einen sicheren Hafen Deutschland und Hamburg.

Im Vergleich zum vergangenen Jahr ist die Anzahl der Erstanträge in 2014 bisher um 60% gestiegen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat die Anzahl der erwarteten Flüchtlinge in diesem Jahr bereits viermal nach oben korrigiert. Derzeit kommen monatlich um die 600 Flüchtlinge nach Hamburg. Unsere Stadt steht vor der großen Herausforderung diesen Menschen eine angemessene Unterkunft zur Verfügung zu stellen und sie schnellstmöglich in das Bildungssystem, die Arbeitswelt und die Gesellschaft im Allgemeinen zu integrieren. Die SPD hat in den vergangenen Jahren viel für eine angemessene Unterbringung und gute Bedienungen für die Flüchtlinge getan. Ein Beispiel ist die Lockerung der Residenzpflicht, die Flüchtlingen nun erlaubt Hamburg für vorübergehende Aufenthalte im übrigen Bundesgebiet zu verlassen. Die Stadt steht jedoch weiterhin vor einer großen Herausforderung, die es nun gemeinsam und solidarisch mit allen Bezirken zu bewältigen gilt. Hamburg ist eine weltoffene Stadt und es ist eine Aufgabe von uns allen eine Willkommenskultur zu etablieren die diesem Anspruch gerecht wird.

Wir Jusos fordern daher:

- Das vermehrt kleinere Unterbringungen geschaffen werden, die solidarisch auf das gesamte Stadtgebiet verteilt werden.
- Weitere Massenunterkünfte in sozialen Brennpunkten zu vermeiden.
- Eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten, dazu gehört neben beheizten und festen Räumlichkeiten auch, dass Familien nicht getrennt werden, dass hygienische Mindeststandards gewahrt bleiben und auch eine geschlechtergetrennte Unterbringung gewährleistet wird.
- Die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen und HelferInnen vor Ort und auch die Einrichtung von flächendeckenden runden Tischen nach Kräften zu unterstützen.
- Die Qualitätsunterschiede zwischen den verschiedenen Einrichtungen aktiv zu bekämpfen.
- Die Betreuung in den Einrichtungen zu verbessern. Dies meint insbesondere eine Sicherstellung von ärztlicher, sozialpädagogischer und psychologischer Betreuung. Eine parallele Bereitstellung von Dolmetschern ist hierbei unerlässlich.
- Die Kettenduldung abzuschaffen.
- Von einer überfallartigen Abschiebung der Flüchtlinge zumindest bei Familien in den Nachtstunden Abstand zu nehmen.
- Eine frühe Integration vor allem von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt voranzutreiben (Beispiel: Praktikumsplätze in Unternehmen) oder begleitete Ausbildungsmodelle.
- Den Umgang der Behörden mit den Flüchtlingen regelmäßig zu evaluieren (mehrsprachige Feedbackbögen).
- Die Integrationsbeauftragten wieder in allen Bezirken einzusetzen.

- Eome Tauglichkeitsprüfung sowie die Prüfung der Führungszeugnisse der Mitarbeiter die unmittelbaren Kontakt mit Flüchtlingen haben, wie zum Beispiel Betreuer und Wachpersonal.

Umgang mit Sexarbeit

Für ein vielfältiges St. Georg, gegen die Verdrängung von SexarbeiterInnen Prostitution ist seit dem Jahr 2002 in Deutschland legal. Jedoch gibt es gewisse Gebiete in denen Sperrverordnungen gelten. In Hamburg unterliegen zum Beispiel St. Pauli und St. Georg einer solchen Verordnung. Für St. Pauli gelten Ausnahmen, für die durch ein Sperrtor abgeschirmte Herbertstraße, sowie in der Zeit zwischen 20 und 6 Uhr für ein genau definiertes Gebiet umliegendes Gebiet.

Im Stadtteil St. Georg tritt seit Februar 2012 die Kontaktverbotsverordnung hinzu, die sowohl Feiern als auch SexarbeiterInnen gegenseitige Kontakthanbahnung mit Bußgeldern verbietet.

Die Situation der SexarbeiterInnen in St. Georg hat sich durch diese Neuregelung dramatisch verschlechtert. Hilfseinrichtungen vor Ort verzeichnen die Verlagerung der Prostitution in Industriegebiete und damit in die Anonymität. Gerade den aufsuchenden Hilfseinrichtungen fällt es immer schwerer die SexarbeiterInnen zu betreuen. Die Frauen sind viel häufiger sexueller Gewalt ausgesetzt und haben noch weniger Schutzmöglichkeiten vor gewalttätigen Freiern. Da es sich in St. Georg um eine Form der Armutprostitution handelt führen die Bußgelder dazu, dass Frauen sich auf größere Risiken einlassen, wie zum Beispiel den ungeschützten Geschlechtsverkehr.

Eine Evaluation von Polizei und Hilfseinrichtungen hat ergeben, dass hingegen des Ziels des Verbots mehr SexarbeiterInnen als Freier mit Bußgeldern belangt werden und die Situation vor Ort für die AnwohnerInnen nicht dramatisch verbessert werden konnte.

Wir Jusos fordern daher:

- Die Aussetzung der Sperrverordnung im Stadtteil St. Georg in der Zeit von 22 bis 6 Uhr, sowie die Abschaffung des Kontakthanbahnungsverbots.

Hamburg gegen Nazis

Hamburg bekennt Farbe. Wir begrüßen den neuen Landesaktionsplan der Stadt zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus „Hamburg-Stadt mit Courage“, der viele Maßnahmen und Ansätze zu diesem Themengebiet aufgreift. Jedoch zeigen Wahl- und Umfrageergebnisse von rechtspopulistischen Parteien weiterhin, dass vor allem der Alltagsrassismus in vielen Köpfen noch tief verankert ist. Die Situation in Europa und die Wahlergebnisse für rechte Parteien in unseren Nachbarländern birgt weiter Grund zur Besorgnis. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind Ausdruck einer menschenfeindlichen Weltansicht ohne dass sie dafür ins Extremistische geführt werden müssten. Doch auch nicht zuletzt seit den Morden des NSU wissen wir: Rassismus tötet Wir bekämpfen jede Form von

Rassismus und setzen uns für eine tolerante und bunte Gesellschaft ein. Vor allem Jugendliche müssen für diese Themen sehr sensibilisiert werden. Die Erinnerungskultur ist unerlässlich und wichtig, aber auch den modernen Formen von Rechtsextremismus muss entschieden begegnet werden.

Wir Jusos fordern daher:

- Die Aufklärung und Prävention in Schulen zu verstärken und die Lehrinhalte zum Thema Rechtsextremismus zu modernisieren.
- Den Ausbau der Förderung gesellschaftlichen Engagements gegen Fremdenfeindlichkeit.
- Die konsequente Überwachung rechtsradikaler Zellen durch den Hamburgischen Verfassungsschutz.
- Die Verstärkung der Mittel für Gedenk- und Dokumentationsstätten zu den Verbrechen des NS-Regimes in Hamburg.

Religiösem Fanatismus den Raum entziehen

Die vergangene Zeit hat gezeigt, dass wir in Deutschland und auch Hamburg ein Problem mit religiösem Extremismus haben. Zum Beispiel versuchen Salafisten ganz offen an Schulen Jugendliche für ihre Zwecke zu gewinnen. Gerade in Hinblick auf die Gewaltakte gegen die kurdische Bevölkerung der Organisation islamischer Staat (IS) in Syrien betonen wir deutlich, dass wir gegen jede Form von religiösem Extremismus sind. Hamburg ist tolerant und ein friedliches Leben miteinander unabhängig von der religiösen Identität sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Wir Jusos fordern daher:

- Einen Landesaktionsplan zur Bekämpfung von religiösem Extremismus.
- Aussteigerprogramme für Betroffene.
- Beratungsangebote für Freunde und Familien der Betroffenen.
- Eine starke Präventionsarbeit in den Schulen.

Politische Gewalt ist nicht links

Auch linke Ideen werden zur Gefahr, wenn zu ihrer Durchsetzung die Grenzen der Demokratie verlassen werden. Wir stellen uns gegen jede Form politischer Gewalt – auch wenn sie vorgibt „links“ zu sein. Politische Gewalt ist nie links und für uns auch nicht legitim. Wir stehen für Toleranz und soziale Demokratie. Auch der Kampf gegen Rechts muss gewaltfrei geführt werden.

Wir Jusos fordern daher:

- AussteigerInnenprogramme für Menschen aus dem gewaltbereiten Teil der linken Szene.
- Aufklärung zu Thema politische Gewalt in Schulen.

Innen- und Rechtspolitik

Polizei, Feuerwehr und Justiz stärken

Der Schutz von Bürgerinnen und Bürgern sowie Durchsetzung des Rechts sind elementare Aufgaben des Staates. Wir stehen zum staatlichen Gewaltmonopol, da Sicherheit kein teurer Luxus für wenige sein darf, sondern Aufgabe und Anspruch aller ist. Dazu müssen Polizei und Feuerwehr sowohl personell als auch sachlich bestmöglich ausgestattet sein. Gleiches gilt innerhalb der Justiz. Besonders im Bereich der Amtsgerichte sind Richter und Staatsanwälte mit einer immer größeren Belastung konfrontiert. Die Folge davon ist eine unverhältnismäßige Verfahrensdauer. Recht muss in angemessener Zeit durchgesetzt werden. Um die Zukunftsfähigkeit von Justiz und Sicherheitsbehörden zu gewährleisten wollen wir zudem weiterhin erreichen, dass die entsprechenden Ausbildungen so attraktiv wie möglich gestaltet werden.

Wir Jusos fordern daher:

- Eine Erhöhung der Personaldichte sowohl bei der Staatsanwaltschaft als auch in der Richterschaft.
- Die Beibehaltung der Investitionen in neue Stellen und zusätzliche Ressourcen bei Polizei und Feuerwehr.
- Die Fortsetzung gezielter Kampagnen zur Bewerbung der Polizeiausbildung, insbesondere von Menschen aus Migrantenfamilien
- Die Erhöhung der Zuverdienstgrenze für RechtsreferendarInnen auf 1000 €
- Die Erhöhung der Polizeipräsenz besonders in Stadtteilen mit einer hohen Kriminalitätsrate..

Transparenz fördern, Rechtssicherheit schaffen, Freiheitsrechte stärken

Hamburg ist eine freiheitlich gesinnte Stadt mit selbstbewussten BürgerInnen und dem hanseatischen Verständnis eines Staates, der allen Menschen gleichermaßen dient. Dazu bedarf es einer effektiven demokratischen Kontrolle und des ungehinderten Zugangs zum öffentlichen Dienst. Forderungen nach mehr Transparenz dürfen nicht als Ausdruck von Misstrauen verstanden werden – im Gegenteil: klar gefasste Befugnisnormen und ein offen auftretender Staat stärken das Zugehörigkeitsgefühl der BürgerInnen und erleichtern die Arbeit unserer BeamtInnen. Hamburg soll zugleich auch weiterhin Vorreiter für Freiheitsrechte in Deutschland sein. Gerade im Rahmen der im Zuge der Föderalismusreformen hinzugekommenen Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der Sicherheit und Ordnung, kann Hamburg Beispielhaftes auf den Weg bringen. Diese Chance wollen wir nutzen.

Wir Jusos fordern daher:

- Die Anwendung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens für Bewerbungen im öffentlichen Dienst der Stadt Hamburg sowie für städtische Unternehmen, sobald sich externe Bewerber auf ausgeschriebene Stellen bewerben dürfen. Relevante Merkmale wie Name, Alter, Geschlecht etc. sollen dabei im Nachhinein anonymisiert werden. Bewerbern, die den Lebenslauf per Post oder Mail schicken, soll von vornherein ein gesondertes Formular zur Verfügung stehen.
- Die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten in geschlossenen Einsätzen im Schulterschluss mit den betroffenen Gewerkschaften.
- Die Überprüfung der Zweckmäßigkeit von § 4 II HmbPolDVG, der Rechtsgrundlage für Gefahrengebiete in Hamburg, sowie im Falle einer Bejahung die Aufnahme räumlicher und zeitlicher Grenzen, sowie eines richterlichen Vorbehalts, der bei Gefahr im Verzug binnen 48 Stunden nachgeholt werden kann.
- Die Prüfung der Verhältnismäßigkeit der mit dem Gefahrengebiet verbundenen Einschränkungen der Verfassungsrechtlich geschützten Freiheitsrechte.

Ein Versammlungsfreiheitsgesetz für Hamburg

Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Insbesondere für junge Menschen in dieser Stadt ist das Versammlungsgrundrecht ein wesentliches Element ihrer politischen Meinungsäußerung und Partizipation. Hamburg hat eine lebhaftere Versammlungskultur, die mit einem transparenten gesetzlichen Rahmen gestärkt und geschützt werden muss. Das derzeit noch geltende Versammlungsgesetz des Bundes wird diesen Anforderungen nur unzureichend gerecht. Ein wichtiges gemeinsames Anliegen von Justiz- und Innenpolitik in Hamburg ist es daher, ein progressives Versammlungsfreiheitsgesetz für Hamburg zu schaffen, das rechtliche Grauzonen auflöst, Rechtsschutzmöglichkeiten verbessert und hamburgische Besonderheiten angemessen berücksichtigt.

Die Jusos Hamburg fordern daher:

- Die Entwicklung eines neuen progressiven Versammlungsfreiheitsgesetzes für Hamburg.
- Eine transparente Gestaltung dieses Gesetzes, so dass alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt dem neuen Gesetz klar entnehmen können, wie Versammlungen ablaufen. Insbesondere undurchsichtige polizeiliche Minusmaßnahmen auf unklarer rechtlicher Grundlage soll es nicht mehr geben.
- Die Überprüfung des versammlungsrechtlichen Katalogs an Straftaten.
- Die Stärkung der Kooperation zwischen Versammlungsveranstaltern und zuständiger Versammlungsbehörde durch eine gesetzliche Kooperationsobliegenheit.
- Die Überprüfung der Notwendigkeit und Größe der Bannkreisgebiete.

Sanktionsrecht

Im März 2013 wurde unter der Schwarz-Gelben Bundesregierung der Warnschussarrest gegen die Stimmen der SPD und der Wissenschaft im Bundestag und Bundesrat als zusätzliches Zuchtmittel im Bereich des Jugendstrafrechts eingeführt. Die Koppelung von zwei Sanktionen mit den höchsten Rückfallquoten zu einem neuen Zuchtmittel zwecks Strafverhinderung erscheint uns wenig schlüssig. Neben der kriminologisch wenig sinnhaften Koppelung von Zuchtmittel und Jugendstrafe, führt der Warnschussarrest zu steigenden Kosten im Jugendarrestbereich. Finanzielle Mittel, welche effektiver im Bereich der Prävention eingesetzt werden könnten. Denn nicht Restriktion, sondern Prävention ist der Beste Opferschutz.

Wir Jusos fordern daher:

- Eine Bundesratsinitiative des Hamburger Senats zur Abschaffung des Warnschussarrests.
- Die Investition, der durch die Abschaffung freigewordenen Finanzmittel in Präventionsprogramme.

Gesellschaftliches Zusammenleben ermöglichen

Sein Gesicht in der Öffentlichkeit zu zeigen, ist eine der Grundbedingungen und Voraussetzungen für Zusammenleben und Kommunikation. Verhüllungen des Gesichts schaffen in unseren Augen künstliche Barrieren, die einen offenen Umgang und somit auch gesellschaftliche Teilhabe erschweren. Vollschiele wie beispielsweise die Burka oder der Niqab verhüllen das gesamte Gesicht. nur die Augen sind dabei ausgespart, wodurch ein Hindernis zwischen ihrer Trägerin und der Umwelt errichtet und damit das Gefühl des gleichberechtigten Zusammenlebens in einer Gesellschaft untergraben wird.

Gleichzeitig sehen wir durch die Vermummung nicht nur die Voraussetzungen für das gesellschaftliche Zusammenleben eingeschränkt, sondern sehen bezüglich des Niqab oder der Burka die Geschlechtergleichheit und die Würde des Menschen untergraben.

Dabei geht es uns keinesfalls um die Einschränkung der Glaubensfreiheit. Die Freiheit sich zu seiner Religion oder Weltanschauung zu bekennen, nach diesen Glaubenssätzen zu leben und das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, darf nur Schranken unterworfen werden, wenn dies für das Zusammenleben in unserer demokratischen Gesellschaft, zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Gesundheit oder Moral und im Besonderen zum Schutz der Grundrechte und Freiheiten Dritter unerlässlich ist. Wir sprechen uns nicht gegen das Tragen eines Kopftuches oder Tschadors in der Öffentlichkeit aus, es soll auch weiterhin jedem Menschen möglich sein, sich seinem Glauben entsprechend zu kleiden und zu verschleiern, solange das Gesicht unverhüllt bleibt.

Wir Jusos fordern daher:

- Ein allgemeines Vermummungsverbot in Deutschland. Niemand soll und darf im öffentlichen Raum durch Kleidungsstücke sein Gesicht verhüllen. Als öffentlicher Raum bezeichnen wir die öffentlichen Straßen, als auch die der Öffentlichkeit zugänglichen oder durch einen öffentlichen Dienst betroffenen Räume.
- Etwaige Ausnahmen, zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen, sind zu prüfen.
- Begleitet werden muss dieses Verbot durch Beratungs- und Aufklärungsangebote.

Sportpolitik

Sport macht nicht nur Spaß. Er fördert Gesundheit, Integration und Teilhabe. Hamburg ist eine bewegte und sportbegeisterte Stadt.

Olympische und Paralympische Spiele nachhaltig realisieren

Mit Hamburg und Berlin sind die zwei größten Städte der Bundesrepublik im Rennen um einen deutschen Kandidatur zu den olympischen und paralympischen Sommerspielen 2024 oder 2028. Olympische und paralympische Spiele würden das weltweite Interesse auf unsere Stadt lenken und für insgesamt vier Wochen eine unvergleichliche und unwiederbringliche kulturelle und sportliche Begegnung in Hamburg ermöglichen. Auch bietet eine Ausrichtung der Spiele enorme Chancen für die weitere Stadtentwicklung. Externe Fördermittel und Einnahmen könnten die Realisierung ambitionierter Infrastrukturprojekte wie der U4-Verlängerung über die Elbe ermöglichen und mit dem Kleinen Grasbrook stünde ein andernfalls nur als Hafensfläche genutztes Gebiet für den Wohnungsbau zur Verfügung. Auch kann eine Ausrichtung dem Breiten- und Spitzensport in Hamburg einen gigantischen Schub geben, so dass Hamburg auch gesellschaftlich enorm von den Spielen profitieren kann. Gleichzeitig müssen Sorgen und Bedenken im Rahmen einer Bewerbung ernstgenommen und bei der Entscheidung, ob sich Hamburg bewirbt, bedacht werden. Wir begrüßen daher die geplante Volksabstimmung. Darüber hinaus muss eine Bewerbung auch die Zeit danach berücksichtigen und muss daher finanziell, ökologisch und stadtentwicklungspolitisch nachhaltig sein. Auch können olympische und paralympische Spiele nur gelingen, wenn sie von einer Organisation getragen werden, die sich ihrer weltweiten gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist, und die die Teilhabe Aller an der Freude der Spiele über die ausschließliche Verfolgung finanzieller Interessen stellt.

Wir Jusos fordern daher:

- Die Ausarbeitung eines kostenstabilen Bewerbungs- und Durchführungskonzepts, das auch im Rahmen der internationalen Abstimmungen Aussicht auf Erfolg hat.
- Die Ausarbeitung eines Infrastruktur- und Mobilitätskonzepts, das einen Fokus auf den öffentlichen Nahverkehr, den Radverkehr, Elektromobilität und attraktive

FußgängerInnenwege legt, sowie die Prüfung inwieweit externe Mittel für ganzstädtische Infrastrukturprojekte genutzt werden können.

- Die frühzeitige Einbindung von BürgerInnen in den Planungsprozess, auch nach einer erfolgreichen Volksabstimmung, etwa über Ideenwerkstätten oder ein Online-Portal.
- Die Gewährleistung der Barrierefreiheit aller Einrichtungen, die im Zusammenhang mit den Olympischen und paralympischen Spielen erstellt werden.
- Die Knüpfung einer Bewerbung Hamburgs an eine Reform des IOC, die eine aktive Korruptionsbekämpfung innerhalb der Sportverbände und die Ermöglichung freier Meinungsäußerung und die Aufrechterhaltung lokaler Gewerbe und Kultureinrichtungen im Rahmen der olympischen und paralympischen Spiele beinhaltet.

Breitensport

Durch einen gut organisierten Breitensport haben wir die Chance Integration und Identifikation mit Hamburg und unseren Quartieren zu verstärken. Unsere Sport- und Turnvereine leisten durch ihre Jugendarbeit außerdem wertvolle Arbeit und sorgen für attraktive Freizeitangebote. Wir wollen sie weiterhin unterstützen.

Wir Jusos fordern daher:

- Eine solide und langfristige Finanzierung der Turn- und Sportvereine.
- Die Intensivierung der Koordination der Sportvereine und Schulen mit Einbindung in den Ganztagschulbetrieb.
- Die Unterstützung der Sport und Turnvereine in den Stadtteilen durch öffentliche Erstellung Marketing Strategien die Bekanntheit der ausbauen.
- Eine Hamburger Bundesratsinitiative zur Änderung des BImSchG hinsichtlich der momentanen Gleichstellung von Industrie- mit Sportlärm. Sport ist Teil unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und somit sollte Sport-„Lärm“, ähnlich wie Kinder-„Lärm“, nach anderen Kriterien bewertet werden. Sport muss auch in Zukunft innerhalb unserer Stadt uneingeschränkt möglich sein.

Spitzensport

Der Spitzensport verdient einen starken Standort Hamburg. Erfolgreiche Sportlerinnen sind Vorbilder für unsere Jugend. Hamburg verdient es ganz oben mitzuspielen! Wir müssen die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Wir Jusos fordern daher:

- Die weitere Unterstützung von Hamburgs professionellen Sportmannschaften, sowohl im Fußball, als auch darüber hinaus.
- Die fortlaufende Unterstützung individueller Spitzensportler, etwa durch öffentliche Vermittlungspools für SponsorInnen.

Sportspots

Hamburg ist eine sportliche, aktive Stadt um dies muss weiter gefördert werden.

Wir Jusos fordern daher:

- Den Ausbau des Konzepts des „Alsterrunnings“ und „Sportstation“, wobei insbesondere attraktive Anlaufpunkte wie der Stadtpark, das Elbufer und Planten und Blomen berücksichtigt werden. Bei Erfolg ist eine Ausweitung auf weitere Laufstrecken angedacht.